

LANDTAGS NACHRICHTEN

30. Juli

6 / 2014

www.landtag-mv.de



+++ Theaterkonzept für Mecklenburg-Vorpommern +++ Öl-Erkundungsbohrungen in M-V +++ Diplom statt Bachelor-Abschluss? +++ Medienkompetenz entwickeln – E-Learning ausbauen +++ Demonstrationskultur verbessern +++ Rückblick auf „Jugend im Landtag 2014“ +++ Baugrube als Fundgrube – Archäologische Funde im Schlosshof +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Ungewöhnliche Perspektive:
Der 70 Meter hohe Hauptturm des Schweriner Schlosses.

3	GASTKOLUMNE	Ronja Hingst (Schülerin) zum Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag 2014“
4 – 12	AUS DEM PLENUM	
4 – 6	AKTUELLE STUNDE	„Ein Theaterkonzept für das ganze Land – Entwicklungsperspektiven für die Theater in Mecklenburg und Vorpommern“
7 – 11	BERICHTE	Anerkennung des Diploms als Studienabschluss Medienkompetenz und E-Learning in den Schulen Onshore- Ölfeldentwicklung in M-V Für friedliche Proteste gegen NPD-Aufmärsche
13	WEITERE BESCHLÜSSE	Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Bestimmungen Tiergesundheitliche Bestimmungen Nichtraucherschutzgesetz Abgeordnetengesetz Glyphosat-Einsatz in der Landwirtschaft Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee
14 – 15	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Petitionsausschuss:</i> Teilnahme einer Schulklasse an einer Ausschuss-Sitzung <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Ausschussreise nach Niederösterreich Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Runder Tisch in der Staatskanzlei zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) Vorbereitungstreffen für Ostseeparlamentarierkonferenz
16 – 19	PANORAMA	„Wir knacken das Schloss“ – Jugendbeteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“
20 – 23	SCHLOSSGESCHICHTEN	Baugrube als Fundgrube – Archäologische Funde im Schloss-Innenhof Wandbild in Landtags-Lobby freigelegt
24	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Wir wollen mitentscheiden!

Montag, 23. Juni 2014. Luftballons fliegen im Plenarsaal umher. Es wird Walzer getanzt, Kekse und Obst stehen im Foyer bereit. „Wir knacken das Schloss“ lautete das Motto von „Jugend im Landtag 2014“. Wir – das sind Jugendliche, die die Politik unseres Landes mitgestalten und mitbestimmen wollen.

Das ein oder andere Mal waren wir schon drauf und dran, unser Motto in die Tat umzusetzen, denn wir standen durchaus auch vor verschlossenen Türen. Die Abgeordneten der CDU-Fraktion waren in den Tagen von „Jugend im Landtag“ trotz Ausschusswoche unauffindbar. Aber wer weiß, vielleicht sind wir immer aneinander vorbeigelaufen? In den vielen Gängen des Schlosses ist das ja nicht auszuschließen. Nur der CDU-Abgeordnete Marc Reinhardt kam am letzten, entscheidenden Tag in den Plenarsaal. Ob die anderen wohl Angst vor uns hatten, vor der wilden Jugend, die nur mit ihren Handys beschäftigt ist? Vor der unberechenbaren Jugend, die kritisch nachfragt und die zugegebenermaßen manchmal etwas ungeduldig wird? Kennen wir doch alle das Phänomen, dass Politiker, wenn sie einmal zu reden angefangen haben, so schnell nicht damit aufhören. Aber auch wir Jugendlichen können reden, argumentieren, diskutieren.

Jetzt könnte man meinen, dass manche nur bei „Jugend im Landtag“ mitgemacht haben, weil eine Woche schulfrei ganz verlockend ist. Aber selbst wenn es so wäre: einmal dabei, wird man schnell in den Bann gezogen. Und damit meine ich nicht den des schönen Schlosses. Ich meine den Bann der Kunstpausen, wenn Musik im Achteckzimmer erklingt oder Harfenklänge im Treppenhaus ertönen. In den Bann gezogen wird man auch, wenn bei Keksen und Tee in der Lobby über politische Themen diskutiert wird und beim Parlamentsspiel Vizepräsidentin Silke Gajek mit einem großen Zauberhut, Fingerspitzengefühl und Ernst eine simulierte Parlamentssitzung leitet.

Ich besuchte den Workshop „Bildung ist mehr als Schule“. Warum ich mich für diesen Workshop entschieden habe? Klare Antwort: zu viele Dinge in unserem Schulsystem laufen falsch. (Siehe Forderungen des Workshops unter www.jil.inmv.de.) Es war toll zu erfahren, dass „die Politiker da oben“ eigentlich auch nur ganz normale Menschen sind. Ehrlich gesagt wurde uns das relativ schnell klar, aber wir wollten nicht nur mit Abgeordneten ins Gespräch kommen. Wir wollen unsere Anliegen, unsere Ideen, unsere Visionen mit in die Politik einbringen. Das Privileg beispielsweise, ab



Foto: privat

Ronja Hingst (17) besucht die Werkstattschule Rostock und hat ehrenamtlich im Vorbereitungsteam von „Jugend im Landtag 2014“ mitgewirkt. Als Projektteilnehmerin kümmerte sie sich zusätzlich um ein interessantes JIL-Freizeitprogramm. Im vergangenen Jahr war sie im Rahmen der Novellierung des Landeswahlgesetzes zusammen mit drei weiteren Jugendlichen als Sachverständige zur Öffentlichen Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss eingeladen und plädierte dort für die Absenkung des Landtagswahlalters auf 16 Jahre.

16 auch den Landtag mit wählen zu dürfen, wurde uns leider bisher nicht zugesprochen. Warum eigentlich? Haben Sie, liebe Abgeordnete, Angst vor uns? Wir wollen Ihnen diese Angst nehmen und hoffen, im Rahmen von „Jugend im Landtag“ ist uns das ein Stück weit gelungen. Wir kamen mit den unterschiedlichsten Themen, die uns beschäftigen, denen wir tagtäglich begegnen. Und wir wollen mit diesen Themen frischen Wind in den Landtag bringen: frischen Wind hinsichtlich der Lösungsvorschläge, frischen Wind aber auch in dem Sinne, dass gerade wir Jugendliche ganz nah und unmittelbar mit Problemen in unserem Land zu kämpfen haben.

Wir wollen mitentscheiden, wie Bildung in unserem Land gemacht wird, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird und wie nachhaltige Landwirtschaft aussehen kann.

„ Wir wollen unsere Anliegen, unsere Ideen, unsere Visionen mit in die Politik einbringen. “

Also, an alle Beteiligten: mit uns, der wilden Jugend, lässt sich reden, streiten und diskutieren. Genauso, wie man mit uns im Burggarten grillen und tanzen kann. Vielleicht können all diejenigen, die das genauso sehen, den CDU-Abgeordneten und allen anderen Abgeordneten der demokratischen Parteien, die den Weg in den Plenarsaal zu den Jugendlichen nicht gefunden haben, beim nächsten Mal einfach eine Wegbeschreibung geben. Wir hoffen nämlich, dass wir beim nächsten Mal wieder mit dabei sein dürfen.

Vielen Dank an alle, die „Jugend im Landtag“ möglich gemacht haben – und dafür, dass uns die Tore des Schlosses offen standen.

Ronja Hingst

Uneinig über Theaterreform

Aktuelle Stunde mit hitziger Debatte

Die Vorstellungen über die Zukunft der von chronischem Geldmangel geplagten Theaterlandschaft gehen weit auseinander. Das zeigte die Aktuelle Stunde am 2. Juli zum Thema „Ein Theaterkonzept für das ganze Land – Entwicklungsperspektiven für die Theater in Mecklenburg und Vorpommern“, das die CDU beantragt hatte. Hintergrund der kontroversen Diskussion ist der Reformdruck, unter dem die Theater stehen. Die Kommunen sehen sich nicht in der Lage, ihre Zuschüsse zu erhöhen, und das Land hat seine Zuwendungen seit rund 20 Jahren bei etwa 36 Millionen Euro eingefroren. Mehrere Gutachten der Beratungsgesellschaft Metrum im Auftrag des Bildungsministeriums haben Fusionen und den Abbau von Arbeitsplätzen in Theatern und Orchestern vorgeschlagen.

Rednerfotos: Uwe Balewski



Vincent Kokert (CDU)

Der Fraktionsvorsitzende der CDU **Vincent Kokert** forderte eine Gleichbehandlung von östlichem und westlichem Landesteil. Ein Metrum-Gutachten hatte unter anderem den Abbau von mehr als 100 Stellen an den Bühnen im Ostteil empfohlen. Eine grundlegende Theaterreform ist nach Kokerts Worten dringend notwendig. Die könne es aber nur gemeinsam mit den Kommunen geben, die schließlich Eigentümer der Theater und Orchester seien. Das Land müsse



Torsten Koplín (DIE LINKE)

jedoch überlegen, ob es an einigen Standorten nicht selbst die Trägerschaft der Kultur-Institutionen übernimmt. Am Ende der Reform sollten nach Auffassung seiner Fraktion in jedem Fall alle bisherigen Standorte erhalten bleiben. Kokert forderte zudem einen Flächentarifvertrag für alle Mitarbeiter. Auch müssten die Landeszuschüsse dynamisiert werden. Er kündigte an, in der Sommerpause alle Theaterstandorte aufzusuchen.

Foto: Jens Büttner





Foto: Jens Büttner

Der kulturpolitische Sprecher der Linken **Torsten Koplin** sprach sich für den Erhalt aller Sparten an allen Theatern aus. Zudem sollten betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und die Finanzierung bereits ab 2016 dynamisiert werden. Seine Fraktion setze sich außerdem für die Förderung von Open-Air-Festspielen ein und für „ein Ermöglichen eines Theater- oder Konzertbesuchs je Schüler in Grundschule und Orientierungsstufe“. Zu allem habe die Linke „bis hinter's Komma gerechnet“ Finanzierungsvorschläge ausgearbeitet, sagte er mit Verweis auf die Webseite seiner Fraktion. Der Koalition warf er vor, das Pferd von hinten aufzuzäumen. „Wie ein Mantra tragen Sie das vor sich her und sagen: 35,8 Millionen Euro. Das ist das Budget, und was da nicht reinpasst, wird abgeschnitten. Das ist eine Logik: erst das Geld und dann die Inhalte. Das ist nicht unsere Logik, und deswegen sind wir mit Ihnen überkreuz an der Stelle.“ So würden „Krämerseelen“ bei der Reform die Oberhand gewinnen.



Ingulf Donig (SPD)

„Der Landeszuschuss für die Theater und Orchester liegt über dem Bundesdurchschnitt der Flächenländer“, betonte der SPD-Politiker **Ingulf Donig**. Dadurch schaffe das Land Planungssicherheit, wies er die Kritik seines Vorredners zu-

rück. Die Metrum-Gutachten seien als Diskussionsgrundlage gedacht. „Mit der Veröffentlichung sind zunächst die Träger der Theater und Orchester gefragt, sich damit auseinanderzusetzen und sich zu positionieren.“ Im Ostteil des Landes mit geringer Bevölkerungsdichte und großen Entfernungen seien die Herausforderungen besonders groß. Mit den Reformen müsse rasch begonnen werden. Die Finanzierungsvorschläge der Linken sind seiner Meinung nach unseriös. Die Oppositionsfraktion plane Mehrausgaben in Höhe von 3,45 Millionen Euro, die unter anderem aus Rücklagen finanziert werden sollen. Diese aber seien für schlechte Zeiten gedacht, um dann keine Extrakredite aufnehmen zu müssen, warnte Donig.



Jürgen Suhr (B'90/DIE GRÜNEN)

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen **Jürgen Suhr** kritisierte, dass der Opposition das Gutachten nicht in vollständiger Fassung vorgelegt wurde. Das sei eine klare Benachteiligung gegenüber den Koalitionsfraktionen. Er bemängelte auch das Zustandekommen der Metrum-Vorschläge. Die Gutachter hätten nicht alle Betroffenen einbezogen, seien beispielsweise nicht am Theater in Parchim gewesen, um mit den Leuten dort zu reden. „Unter Einbeziehung stelle ich mir etwas anderes vor“, sagte er. Zumal es um schmerzhaftes Ein-

Rednerfotos: Uwe Balewski

schnitte gehe. Im Osten führten die Vorschläge von Metrum, die eine „Vollfusion“ aller vier Standorte vorsehen, zu einer Zerschlagung der Theaterlandschaft, prophezeite er. Die Finanzierung der Theater sei unzureichend. Wann mit der „Dynamisierung“ begonnen werden solle, hätten CDU und SPD nicht konkretisiert. „Wenn Sie so weitermachen, wird das ein Desaster für die Entwicklung der Kultur in diesem Land“, prophezeite Suhr.

Rednerfotos: Uwe Balewski



Stefan Köster (NPD)

Die Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern entfernt sich nach Meinung des NPD-Abgeordneten **Stefan Köster** „immer weiter vom Volk oder, anders herum gesprochen, das Volk entfernt sich immer weiter von den Kulturlandschaften hier im Land“. Die „Kulturprägung“ fände heute „im Internet und durch die Medien“ statt. Historische Aufführungen von Privatanbietern hätten mehr Besucher als alle „modernen und abstrakten Aufführungen an staatlichen Spielbühnen“, sagte er. Dies sei so, „weil keiner mehr mit dem Kram, den sie dort anbieten, was zu tun haben möchte. Es interessiert die Leute nicht mehr, Ihre modernen Aufführungen, weil sie letztendlich mit dem realen Leben hier im Land nichts zu tun haben“, sagte Köster. Er kritisierte, das Land habe 200.000 Euro für die Gutachten ausgegeben, damit ein Institut aus München Sparpotenziale aufzeigt. Die Landesregierung hätte selbst erkennen müssen, welche Maßnahmen notwendig seien, sagte Köster.



Bildungs- und Kulturminister Mathias Brodkorb

Bildungs- und Kulturminister **Mathias Brodkorb** räumte ein, dass viele Theater-Mitarbeiter im Osten in der Vergangenheit mehr geschultert hätten als im Westteil des Landes. Jedoch seien die Landeszuschüsse pro Einwohner im Osten höher als im Westen, weil die Bevölkerungsdichte im Osten niedriger ist. Es gebe deshalb keine Ungerechtigkeit zwischen West und Ost, sondern eine innerhalb des Ostens, sagte Brodkorb. So gebe die Stadt Greifswald für das Theater Vorpommern mit 120 Mitarbeitern jährlich vier Millionen Euro. Neustrelitz bringe für die 135 Mitarbeiter zählende Theater- und Orchester GmbH nur 390.000 Euro auf. Die Frage sei, ob das nicht ein „etwas geringes Engagement ist für ein so großes Theater“, sagte Brodkorb. Zudem „dynamisiere“ das Land seine Zuwendungen bereits. Allein im vorigen Jahr seien 2,5 Millionen Euro Soforthilfen geflossen. „Wenn wir im Osten in eine Umstrukturierung kommen, wird es noch mal Umstrukturierungshilfen geben“, versprach der Minister.



Foto: Jens Büttner

Hintergrund

Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern

- Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin mit Mecklenburgischer Staatskapelle
- Volkstheater Rostock mit Norddeutscher Philharmonie
- Theater Vorpommern/Stralsund-Greifswald-Putbus mit Philharmonischem Orchester Vorpommern
- Theater- und Orchester GmbH Neubrandenburg/ Neustrelitz mit Neubrandenburger Philharmonie
- Mecklenburgisches Landestheater Parchim
- Vorpommersche Landesbühne Anklam
- Theater Wismar (Bespieltheater)
- Theater Güstrow (Bespieltheater)
- Deutsche Tanzkompanie Neustrelitz (Stiftung)

METRUM Managementberatung GmbH München

Im Rahmen eines Vergabeverfahrens hat die Landesregierung im Juni 2012 die METRUM Managementberatung GmbH München beauftragt, mögliche neue Strukturen der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen, ihre Konsequenzen zu beleuchten und mindestens fünf Modelle zu entwickeln, wie die vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft mit den verfügbaren Haushaltsmitteln weiterentwickelt und in ihrem Kern bewahrt werden kann. METRUM ist auf die Beratung von Kulturinstitutionen und Einrichtungen der öffentlichen Hand spezialisiert und hat dem Land neun Modelle für eine künftige Theater- und Orchesterstruktur vorgelegt.

Weitere Informationen auf den Seiten des Bildungsministeriums unter : www.regierung-mv.de

Kampf ums Diplom

Land will Hochschulen bei Klagen unterstützen

Mecklenburg-Vorpommern will die Hochschulen im Land beim Kampf ums Diplom als möglichen Studienabschluss unterstützen. Die Hochschulen sollen bei eventuellen Klagen gegen die Ablehnung von Studiengängen durch die Akkreditierungsagenturen wegen der Option „Diplom“ Hilfe bekommen. Die Kosten will das Land übernehmen. Das sieht ein Landtagsantrag von SPD und CDU vor, den das Parlament am 3. Juli mit großer Mehrheit annahm. SPD, CDU und Bündnisgrüne stimmten dafür. Die Linke enthielt sich der Stimme. Die NPD nahm nicht an der Debatte teil.

Die Hochschulen des Landes müssten den weltweit anerkannten akademischen Abschlussgrad „Diplom“ weiterhin uneingeschränkt verleihen können, forderte die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Susann Wippermann** bei der Begründung des Antrages. Leider sei es der Landesregierung bisher nicht gelungen, in dieser Frage eine gütliche Einigung in der Kultusministerkonferenz (KMK) und mit dem Rat zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland zu erreichen „Unser Ziel bleibt, dass Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen in M-V die Möglichkeit haben, nach Abschluss eines Bachelor- oder Masterstudiengangs auf Antrag einen Diplomgrad erhalten zu können“, unterstrich sie. Der Landtagsbeschluss könne dem Bildungsminister Rückhalt in dieser Frage geben.

Die Fachhochschule Stralsund habe Klage gegen die Akkreditierungsagentur ASIIN eingereicht, sagte Bildungsminister **Mathias Brodkorb**. Die Landesregierung habe alle rechtliche und finanzielle Unterstützung zugesagt. „Die Fachhochschule wird dafür keinen Cent bezahlen und hoffentlich weltberühmt werden“, prognostizierte der Minister. Das Hochschulgesetz Mecklenburg-Vorpommerns ermögliche es den Hochschulen im Land, einem Studenten auf dessen Wunsch nach erfolgreichem Studium statt des Bachelor- oder Masterstitels den Titel Diplom-Ingenieur zu verleihen. Das würden die Akkreditierungsagenturen aber nicht akzeptieren, die auf der Grundlage von Beschlüssen der KMK arbeiten.

Auch die Linksfraktion setze sich für den Erhalt und Ausbau von Diplomstudiengängen an den Universitäten und Hochschulen des Landes ein. „Sie genießen nach wie vor internationale Anerkennung“, sagte **Dr. Hikmat Al-Sabty**, hochschulpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die Studierenden würden nach bestandener Prüfung ein Jahr früher in die Arbeitswelt entlassen als in einem Masterstudiengang. Dennoch könne seine Fraktion nicht zustimmen, weil der Antrag Mängel aufweise. Die Kosten für die Klagen seien weder kalkuliert noch gäbe es einen Haushaltstitel dafür. Dies sei juristisch zweifelhaft und haushaltsrechtlich bedenklich.



Hochschulabsolventen sollen nach erfolgreichem Bachelor- oder Masterstudium auch einen Diplomgrad erhalten können.

Foto: Jens Büttner

Er kündigte Enthaltung seiner Fraktion in dieser Frage an. **Egbert Liskow**, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, verwies auf die lange Tradition der Verleihung von Diplomabschlüssen. Diese sollten neben den Master- und Bachelorgraden erhalten bleiben. Bereits in der vergangenen Wahlperiode habe der Landtag auf Initiative von CDU und SPD beschlossen, dass auf Antrag der Absolventen auch das Diplom anstelle des Bachelor- und Mastergrades verliehen werden könne, erinnerte er. Da in den Verhandlungen mit der Akkreditierungsagentur der erklärte politische Wille des Landtages nicht durchgesetzt werden konnte, müssen nun der Klageweg beschritten und die Hochschulen dabei unterstützt werden.

Der Einsatz der Landesregierung für das Diplom kommt nach Meinung von **Johannes Saalfeld**, hochschulpolitischer Sprecher der Grünen, rund zehn Jahre zu spät. Mitte der 2000er-Jahre hätten noch entsprechende Weichen gestellt werden können, für die sich die Hochschulen auch die Unterstützung der Politik gewünscht hätten. „Doch damals war dazu von SPD und CDU nichts zu hören“, sagte er. Die Akkreditierungsagenturen seien ohnehin der falsche Ansprechpartner. Die Agenturen hielten sich nur an die Vorgaben der deutschen Kultusministerkonferenz. Der Bildungsminister solle sich bei seinen Länderkollegen für das Diplom einsetzen, forderte Saalfeld. Dennoch werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Drucksache 6/3070

Hintergrund

Die Universität Rostock und die Fachhochschule Stralsund hatten bei den Akkreditierungsagenturen mehrere Studiengänge zur Genehmigung vorgelegt. Diese wurde erteilt, jedoch mit der Auflage, die auf Wunsch des Studenten mögliche Vergabe des Diplom-Titels zu streichen. Hintergrund ist die inzwischen flächendeckende Einführung der Abschlüsse Bachelor und Master in Deutschland. Das Hochschulgesetz des Landes ermöglicht jedoch die alternative Vergabe des Abschlusses Diplom.

Die Fachhochschule Stralsund hat eigenen Angaben nach bereits am 11. April Klage für den Studiengang Internationales Wirtschaftsingenieurwesen beim Verwaltungsgericht Greifswald eingereicht. Die inhaltlichen Anforderungen des Bachelors entsprächen denen des Diploms, und die Studenten bevorzugten den Diplom-Titel wegen seines immer noch hohen Stellenwerts, hieß es zur Begründung.



Zweimal pro Jahr gibt's die Wochenend-Ausbildung zum Medienscout. Hier die Teilnehmer vom April 2014.

Foto: Datenschutzbeauftragter M-V

Aufholen bei Medienbildung

Lehrpläne sollen angepasst werden

Computer, Smartphones oder Tablets gehören zum Alltag junger Leute. Die digitale Welt kann beim Wissenserwerb helfen, birgt aber auch Gefahren. Schulen sollen Kinder und Jugendliche darauf vorbereiten und wappnen. Aber das Elektronik-Zeitalter ist an den Schulen Mecklenburg-Vorpommerns offenbar noch nicht vollständig angekommen. Sprecher mehrerer Fraktionen mahnten am 4. Juli im Landtag dringend Änderungen an.

„Für die CDU-Fraktion steht fest, dass die Lehrpläne an die neuen technischen Möglichkeiten angepasst werden müssen“, betonte der Bildungsexperte der Union **Torsten Renz**, der einen entsprechenden Antrag der Koalitionspartner CDU und SPD begründete. Er sprach sich für eine breit angelegte schulische Medienbildung aus. Dabei sollten Schüler in die Lage versetzt werden, „selbstbestimmt, sachgerecht, sozial verantwortlich, kommunikativ und kreativ mit den Medien umzugehen sowie diese für eigene Bildungsprozesse zu nutzen“. Der zunehmende Einsatz von Medienscouts – speziell geschulten Schülern der Klassen 8 bis 10 – sei dabei ein wichtiges Mittel. Zudem müsse die Fortbildung der Lehrer intensiviert und die technische Ausstattung aller Schulen gewährleistet werden.

Kritik kam von der bildungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion **Simone Oldenburg**. Die im Antrag von CDU und SPD formulierten Ziele seien nicht neu. „Alles, was da geschrieben steht, ist seit zweieinhalb Jahren bereits beschlossene Sache, Mittel dafür sind im Haushalt eingestellt“, sagte sie. Die Koalition solle rasch dafür sorgen, dass sich die Lern-

bedingungen für Schüler verbessern. Dies sei sinnvoller als zu „Unwahrheiten, Übertreibungen und Plagiaten zu greifen, um Aktivitäten vorzutauschen“. Die geforderte Unterrichtsplattform für digitale Medien beispielsweise gebe es bundesweit schon. Sie sei auch für Mecklenburg-Vorpommern ab kommendem Schuljahr bereits geplant und werde über EU-Mittel finanziert.

Bildungsminister **Mathias Brodkorb** räumte Defizite ein: „Wir sind im 21. Jahrhundert, und es fehlt ein reguläres Fach Informatik“, sagte er in der Debatte. Änderungen bedürften aber gravierender Eingriffe in die Lehrpläne. Die Schulstunden könnten nicht beliebig ausgedehnt werden. Bislang würden Computerkenntnisse im Fach AWT (Arbeit, Wirtschaft, Technik. d. Red.) vermittelt, von Schule zu Schule sehr unterschiedlich in Umfang und Qualität. „Dabei sollte es nicht um Powerpoint oder Excel gehen, sondern um Programmierung“, sagte Brodkorb. Allerdings dürfe von der Digitalisierung auch nicht zu viel erwartet werden. „Wer nicht richtig rechnen, schreiben und lesen kann, dem hilft auch Facebook nicht weiter.“ Er kündigte für Anfang des kommenden Jahres ein Pilotprojekt zum Unterricht mit digitalen Medien an. Teams von Fachlehrern sollen dabei digitale Arbeitsblätter und Unterrichtspläne entwickeln und auf einer Online-Plattform bereitstellen.

Medienbildung ist auch nach Auffassung von **Ulrike Berger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wichtig. Jedoch vermisse sie in dem Antrag konkrete Handlungsaufforderungen an die Regierung. Im Antrag werde lediglich eine Prüfung des Ausstattungsgrades der Schulen für die Medienbildung gefordert. „Was aber soll das bedeuten?“, fragte sie. Es sei unklar, welche Standards gelten sollen und was geschehen werde, wenn die Ausstattung nicht ausreiche. Ebenso bliebe beim Projekt der Medienscouts ungeklärt, ob nun mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten und wenn ja, von wem. „Das wären klare Ziele gewesen“, sagte sie. So aber bleibe der Antrag in der Tiefe hinter der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Medienbildung zurück. Sie beantragte, den Antrag im Bildungsausschuss zu beraten.



Foto: Jens Büttner

Schon Grundschüler sollen lernen, die Chancen der neuen Medien verantwortungsbewusst zu nutzen.

Nach Überzeugung von **Andreas Butzki**, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist Medienbildung neben Deutsch, Mathe und Englisch eine weitere Schlüsselkompetenz geworden. Die Bedeutung digitaler Medien sei schon heute enorm und werde weiter zunehmen. „Deshalb müssen Schülerinnen und Schüler den verantwortlichen Umgang mit dem Internet und den Neuen Medien sowie das Einschätzen von Risiken lernen.“ Dazu gehören seiner Meinung nach der bewusste Umgang mit Facebook, Twitter, Instagram und ähnlichen Netzwerken, aber auch das kritische Hinterfragen von Inhalten. Vor diesem Hintergrund soll geprüft werden, ob sich die Ausbildung von Schülerinnen und Schüler zu Medienscouts bewährt hat.

Der NPD-Abgeordnete **David Peterreit** fühlte sich seinen Worten nach bei dem Antrag an einen „Hühnerhaufen“ erinnert, der kurz vor Antragschluss noch nach einem Thema suche. Viele Fragen – beispielweise zum Projekt der Medienscouts – könne man sich selbst im Internet beantworten. Andere Punkte hätten einfach im Bildungsausschuss auf die Tagesordnung gesetzt werden können. Auf die Frage nach dem Ausstattungsstand zum E-Learning habe sich die Landesregierung bei einer Kleinen Anfrage noch zugeknöpft gegeben und jetzt offenbar ihre Meinung geändert. Da aber der Antrag nicht schade, werde seine Fraktion zustimmen. Auf Antrag der Linken wurde über die Punkte des Antrages einzeln abgestimmt. Die von den Grünen geforderte Überweisung in den Bildungsausschuss wurde abgelehnt. Dem kompletten Antrag stimmten alle Fraktionen bis auf die Linke zu, die sich enthielt.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/3071

Projekt Medienscouts

Seit Herbst 2012 werden in Mecklenburg-Vorpommern in einem Gemeinschaftsprojekt Medienscouts ausgebildet: Jugendliche erhalten an einem Wochenende umfangreiche Informationen über den Umgang mit digitalen Medien, werden so zu Experten und geben ihr Wissen an Freunde, Mitschüler und Gleichaltrige weiter. Medienscouts M-V ist durch die Zusammenarbeit des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, des Landeskriminalamtes, der Medienanstalt M-V, der Landeskoordination für Suchtvorbeugung, des Landesjugendrings, der ComputerSpielSchule Greifswald und der Jugend-Selbstschutzplattform Juuuport ein einzigartiges Projekt. www.medienscouts-mv.de

Erdölförderung im Fokus

SPD/CDU-Koalition fordert positive Begleitung des Förderprozesses

Die umstrittene Erdöl-Probebohrung in Saal bei Barth führte am 2. Juli im Landtag zu einer hitzigen Debatte. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU forderten mit einem Antrag, den „Prozess der Onshore-Ölfeldentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern positiv (zu) begleiten“. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzte mit einem eigenen Antrag einen anderen Akzent: „Erdölförderung in Mecklenburg-Vorpommern: Sicherheit für Mensch und Umwelt geht vor!“. DIE LINKE brachte Änderungsanträge ein. Auf Empfehlung des Wirtschaftsausschusses, die dessen Vorsitzender Dietmar Eifler vortrug, fand nach der Debatte nur der Koalitionsantrag eine Mehrheit im Parlament. Der Ausschuss hat Eifler zufolge sowohl Expertenmeinungen eingeholt als sich auch vor Ort ein Bild gemacht.

Für seine Fraktion stehe eindeutig der Schutz von Mensch und Umwelt an erster Stelle, begründete der energiepolitische Sprecher der Bündnisgrünen **Johann-Georg Jaeger** den Antrag seiner Fraktion. „Wir fordern größtmögliche Transparenz und Aufklärung der Öffentlichkeit über Auflagen und Monitoring-Maßnahmen, mit denen die Landesregierung gesundheitsschädliche Auswirkungen auf die Umwelt und Beeinträchtigungen des Grundwassers ausschließen will“, sagte er. Die Ergebnisse sollten umgehend veröffentlicht werden. Der Einsatz umwelt- und gesundheitsgefährdender Substanzen müsse ausgeschlossen werden. Die Probefelder lägen teilweise im direkten Umfeld wichtiger Schutzgebiete. Die Bedenken, was Risiken betrifft, sind seinen Worten nach bisher nicht ausgeräumt worden.

Die Probebohrung sei bislang ohne Zwischenfälle verlaufen, betonte Energieminister **Christian Pegel**. An den Messstellen für mikroseismische Aktivitäten und die Überwachung des Grundwassers seien keine Überschreitungen der vorgegebenen Werte beobachtet worden. Die Rückförderung der



Foto: Milko Eilers

Bei einer Schaubdebate am „Tag der offenen Tür“ debattierten Schüler vom Schweriner Gymnasium Fridericianum mit Dietmar Eifler (CDU) und Dr. Ursula Karlowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) über das Thema Ölerkundung in Mecklenburg-Vorpommern.



Lage der Gemeinde Saal im Amt Barth
(Landkreis Vorpommern-Rügen)
Foto: Wikimedia Commons/Hagar66



Gegner der Probebohrungen fürchten die Verunreinigung des Trinkwassers und schädliche Folgen für Natur und Tourismus.

Foto: Jens Büttner

eingebrachten Mittel solle noch bis Mitte Juli dauern. Daran schließe sich eine mehrwöchige Testphase an, um zu prüfen, ob und wie viel Öl dem Bohrloch zufließt, sagte Pegel. Wolle das kanadische Öl-Unternehmen Central European Petroleum (CEP) danach richtig Erdöl in Saal fördern, müsse der Konzern dies neu beantragen.

Wolfgang Waldmüller (CDU) erinnerte daran, dass in Deutschland höchste Umweltstandards gelten. Er warnte vor Panikmache und wies auf ökonomische Chancen hin. „Aus wirtschaftspolitischer und fiskalischer Perspektive kann die Onshore-Ölfeldentwicklung zum Glücksfall für Mecklenburg-Vorpommern werden“, sagte er. Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Mecklenburg-Vorpommern habe einen Ressourcenwert von drei Milliarden Euro prognostiziert sowie die Zahlung gesetzlicher Unternehmenssteuer an Land, Gemeinde und Bund in Höhe von 470 Millionen Euro. Allerdings, so betonte Waldmüller, dürfen wirtschaftliche Interessen keinen Vorrang vor ökologischen Belangen haben.

Der Förder-Prozess muss nach den Worten von Linke-Fraktionschef **Helmut Holter** „kritisch“ begleitet werden. CEP müsse alle Auflagen erfüllen. Im Moment könne niemand sagen, wie viel Erdöl sich unter der Oberfläche in der Region bei Barth befindet. „Niemand weiß, ob dieses Erdöl überhaupt gefördert wird“, stellte Holter klar. „Ich sage Ihnen, Sie bauen hier Luftschlösser auf, die sich möglicherweise sehr schnell in Luft auflösen.“

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** mahnte an, „die wenigen Rohstoffe noch nicht abzuschöpfen, sondern erst einmal abzuwarten und zu prüfen, wann eine Förderung ratsam ist“. Die Förderung solle dann aber heimischen Partnern überlassen werden. „Die NPD ist grundsätzlich der Meinung, dass Bodenschätze beziehungsweise Rohstoffe in der Bundesrepublik Deutschland nicht von internationalen Konzernen ausgebeutet werden dürfen“, sagte er und forderte einen staatlichen Energiekonzern.

Jochen Schulte (SPD) stellte die „große industrielle Chance für die strukturschwache Region Vorpommern“ in den Vordergrund seiner Rede. Durch Steuer- und Förderabgaben

könnten seinen Worten nach Kommunen, aber auch das Land profitieren. Er sprach sich für sachliche Diskussionen und einen transparenten Prozess bei der Erdölförderung aus. Die Bürger müssten auf breiter Ebene einbezogen werden. Die Einhaltung höchster ökologischer und sozialer Standards sei unabdingbare Voraussetzung.

Auch für die Linke stehe die Sicherheit für die Menschen im Vordergrund, signalisierte **Dr. Mignon Schwenke** Zustimmung zu Teilen des Grünen-Antrages. Sie forderte, das Bergschadensrecht zu ändern, damit künftig der Verursacher klar die Verantwortung für Schäden durch Tiefbohrungen trägt. Einen Blanko-Scheck für die Ölbohrung dürfe es nicht geben. Dies sei man den Menschen der Region schuldig.

Das Land muss nach Auffassung von **Rudolf Borchert** (SPD) früh die Richtlinien für eine Förderabgabe festlegen. Bei einem Zeitraum von 25 Jahren sei mit mindestens 3,4 Milliarden Euro zu rechnen, die das Erdöl-Unternehmen in die Landeskasse zahlen müsse. „Das heißt, wir reden hier nicht über Peanuts“, betonte Borchert.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/2127

Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/2174

Bericht und Beschlussempfehlung Wirtschaftsausschuss
Drucksache 6/3088

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3069

Fracking

Mit der Methode des Hydraulic Fracturing (hydraulisches Aufbrechen, kurz „Fracking“) wurde es möglich, Gas- und Ölvorkommen zu fördern, die in Gesteinsschichten gebunden sind. Ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Zusätzen wird unter hohem Druck in die Gesteinsschicht gepresst. Dadurch wird das Gestein aufgebrochen. Um diese Risse so weit offen zu halten, dass das Gas beziehungsweise Öl hindurchströmen kann, ist der Sand beigemischt. Umweltschützer fürchten auf Grund des Chemikalieneinsatzes eine Verunreinigung des Grundwassers.

Für friedliche Proteste gegen NPD-Aufmärsche

Demokratische Fraktionen mit gemeinsamer Erklärung

Die demokratischen Landtagsfraktionen stehen hinter dem Bürgerprotest gegen rechte Aufmärsche. Doch der Protest muss friedlich sein, machten sie am 4. Juli in einer gemeinsamen Erklärung im Landtag deutlich. Die Erklärung geht auf Diskussionen nach einem umstrittenen Polizeieinsatz vom 8. Mai in Demmin zurück. SPD, CDU, Linke und Bündnisgrüne haben sich nun demonstrativ zu Protestaktionen gegen rechte Aufmärsche bekannt, dabei „jeder Form von Gewalt“ aber eine klare Absage erteilt. In der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus müssten alle demokratischen Kräfte über Parteigrenzen hinweg zusammenstehen, heißt es in der gegen die Stimmen der rechtsextremen NPD beschlossenen Erklärung.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** stärkte bei seiner Rede vor dem Parlament den Demonstranten gegen rechtsextremistische Aufmärsche ausdrücklich den Rücken. Sie könnten sich der Unterstützung durch die demokratischen Landtagsfraktionen sicher sein, sagte er. „Zum Glück sind Zehntausende bei uns in Mecklenburg-Vorpommern bereit, Zivilcourage zu zeigen und dem Rechtsextremismus beherzt und überzeugend entgegen zu treten“, unterstrich der Ministerpräsident. Sie zeigten damit, dass sie „ein freiheitliches, tolerantes, weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern ohne Fremdenhass und ohne nationalistische Hetze“ wollten. Mit ihrem gemeinsamen Antrag machten die demokratischen Landtagsfraktionen deutlich, „dass es sich bei friedlichen Demonstrationen gegen rechtsextremistische Aufmärsche um politisch und gesellschaftlich erwünschtes Verhalten handelt, um lobenswerte Beispiele von Zivilcourage“, so Sellering. Der Staat müsse jedoch sicherstellen, „dass die Menschen bei ihrem beherzten Eintreten für Demokratie und Toleranz nichts zu befürchten haben, dass die Demonstrationen friedlich bleiben.“

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** griff in seiner Rede die demokratischen Fraktionen scharf an. „Jeder, der von Ihnen und Ihren Anhängern mit dem Prädikat ‚Nazi‘ versehen wird, soll möglichst viele Steine in den Weg gelegt bekommen, während für jegliche rote Brut unter der Tarnkappe ‚Demokratie‘ juristische Freibriefe ausgestellt werden“, sagte er. „Was Sie wollen, sind Sondergesetze gegen jegliches Nationalgefühl und Patriotismus und Sonderrechte für jene, mit denen Sie sich gegenseitig auf die Schulter klopfen.“

Foto: Jens Büttner



Landtag stärkt friedlichen Demonstranten gegen rechtsextreme Aufmärsche den Rücken.

„Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, gegen die verfassungsfeindlichen Auffassungen der NPD zu demonstrieren, und zwar hier in diesem Landtag und draußen auf der Straße, dann hat Herr Petereit ihn gerade geliefert“, konterte Links-Fraktionschef **Helmut Holter**, der stellvertretend für alle demokratischen Abgeordneten sprach. Die gemeinsame Erklärung der vier demokratischen Fraktionen sei ein Wert an sich, betonte der Oppositions-Politiker und sagte in Richtung NPD-Fraktion: „Wir haben uns zusammengerauft und bei allen Unterschieden deutlich gemacht, wir wollen

Gemeinsamer Antrag der demokratischen Fraktionen

Die Initiative zu der Erklärung war von den Oppositionsfraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegangen. Kurz vor der Beratung hatten sich aber alle vier demokratischen Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag zur „Demonstrationskultur für Demokratie und Toleranz“ verständigt. In dem zehn Punkte umfassenden Papier bekennen sich SPD, CDU, Linke und Grüne zum gemeinsamen Kampf gegen Rechtsextremismus. Ausdrücklich distanzieren sie sich von Gewalt. Sitzblockaden „im Rahmen des rechtlich Erlaubten“ jedoch werden als wirksames Mittel der Demonstration gegen rechtsextremistische Aufmärsche akzeptiert. Friedliche, die Rechtsordnung wahrende Demonstranten dürften nicht gleichgesetzt werden mit denjenigen, „für die Demonstrationen ein willkommenes Anlass für Gewalt und gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei sind“, heißt es in der Erklärung.

Auslöser der Erklärung waren die Ereignisse von Demmin am 8. Mai. Am Rande eines NPD-Aufmarsches war es dort zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Gegendemonstranten und Polizisten gekommen. Die Polizei machte gewaltbereite Linksextremisten für die Eskalation verantwortlich. Die Organisatoren der Gegendemonstration bewerteten das Vorgehen der Polizei als unangemessen. Nach dem Einsatz von Wasserwerfern und Hundestaffeln hatte es Verletzte gegeben.

Sie hier nicht haben! Wir wollen Sie auf der Straße nicht haben, wir wollen Ihre Ideologie nicht in den Köpfen der Menschen haben!“

Zugleich sei die Erklärung der demokratischen Landtagsfraktionen ein deutliches und eindeutiges politisches Signal an die Bürgerinnen und Bürger, sich mit friedlichen Demonstrationen gegen rechtsextremistische Aufmärsche zu stellen. Allerdings, so Holter weiter, richte sich der Appell des Landtages auch an Versammlungsbehörden und Polizei, „das geltende Recht mit Augenmaß umzusetzen“. Die Polizei sei dabei Partner, unterstrich er. Ziel sei „eine Kultur, die verstärkt Lust macht zum Mitmachen, und die rechtsextremistische Aufmärsche als das erkennen lässt, was sie sind, nämlich Rückschritt in Marschformation“, sagte Holter. „Wir werden in unserem Engagement gegen Rechtsextremismus hier im Landtag, in den Dörfern, in den Städten, auf der Straße nicht nachlassen“, bekräftigte er.

Dem Antrag stimmten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschlossen zu. Die NPD-Abgeordneten stimmten dagegen. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider musste während der Debatte drei Ordnungsrufe erteilen: zwei Ordnungsrufe erhielt Udo Pastörs, einen Stefan Köster. Außerdem musste wegen massiver Verstöße der NPD-Abgeordneten gegen die Geschäftsordnung die Sitzung unterbrochen und der Ältestenrat einberufen werden. *Drucksache 6/3130*



Uwe Sinnecker

Sommerpause

Mit Beginn der Sommerferien trat der Landtag in die parlamentarische Sommerpause ein. Ende August setzen die Fraktionen und die Fachausschüsse ihre Arbeit fort, die nächste reguläre Plenarsitzung findet am 17. September statt. Die nächste Ausgabe der LandtagsNachrichten erscheint am 15. Oktober.



Am 2. Juli demonstrierten mehrere tausend Schüler und Lehrer von Privatschulen vor dem Schweriner Schloss gegen die im vergangenen Jahr geänderte Privatschulverordnung. Danach erhalten Schulen in freier Trägerschaft nicht mehr einen pauschalen Anteil als Finanzhilfe für ihre Lehrerkosten, sondern müssen ihre tatsächlichen Kosten nachweisen. Dies bedeutet für viele Privatschulen eine Kürzung der Landeszuschüsse.

Foto: Jens Büttner

Weitere Beschlüsse des Landtages

Rauchverbote bleiben

Die seit fünf Jahren geltenden Rauchverbote in Gaststätten und öffentlichen Gebäuden Mecklenburg-Vorpommerns bleiben bestehen. Der Landtag entfristete am 2. Juli das Nichtraucherschutzgesetz, das nach dem damaligen Beschluss nur bis zum 31. Juli 2014 gelten sollte. Das Gesetz habe sich bewährt, hieß es zur Begründung. Es sei ein vernünftiger Kompromiss zwischen Rauchern und Nichtrauchern.

Drucksachen 6/2926 und 6/3089

Besoldungsrecht geändert

Der Landtag hat am 2. Juli das Besoldungsrecht des Landes geändert. Damit reagierte das Parlament unter anderem auf die nun beschlossene Lehrer-Verbeamtung. Diese erfordere, Amtsbezeichnungen für Lehrkräfte an Regionalen Schulen und an Förderschulen einzuführen. Dies sei bei einer Verbeamtung unabdingbar. Die Gesetzesänderungen betreffen auch die Professorenbesoldung und die Regelung rentenrechtlicher Versorgungsansprüche. Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN wurden abgelehnt.

Drucksachen 6/2791, 6/3092

Änderungsanträge Drucksachen 6/3112, 6/3110, 6/3114

NPD scheitert mit Gesetz

Die NPD-Fraktion scheiterte am 2. Juli auch in der Zweiten Lesung mit einem Entwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. Die Novelle solle klarstellen, dass stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Arbeitskreisleiter keinerlei Zulagen aus den Fraktionskassen erhalten dürfen, hieß es zur Begründung der beantragten Gesetzesänderung. Diese fand nur die Zustimmung der NPD-Abgeordneten. Die Parlamentarier von SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN lehnten den Gesetzentwurf ab.

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf am 9. April in Erster Lesung behandelt. Eine Überweisung in die Ausschüsse fand dabei keine Zustimmung. Deshalb wurde die Novelle unverändert zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt. Dies muss gemäß § 48 Abs. 3 der Geschäftsordnung spätestens drei Monate nach der Ersten Lesung erfolgen.

Drucksache 6/2838

Tiergesundheitsgesetz

Mit einem neuen Gesetz will das Parlament der Ausbreitung von Tierseuchen begegnen. Das bisherige Gesetz sei grundlegend überarbeitet und neu gestaltet worden, hieß es.

Durch den ständigen Anstieg des Handels und des Drittlandhandels mit Tieren wachse die Bedeutung der Vorbeugung vor Tierseuchen. Die Novelle diene unter anderem dazu, Grundlagen für Überwachungsmöglichkeiten einschließlich des Monitorings zu verbessern. Das neue Gesetz wurde am 2. Juli mit einer mündlich vorgetragenen Änderung verabschiedet. Auf Antrag von Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) soll die Landesregierung dem Landtag nach drei Jahren einen Bericht vorlegen, ob den Kommunen bei der Umsetzung des Gesetzes zusätzliche Kosten entstanden sind, die eine Nachzahlung durch das Land erfordern. Änderungsanträge der Grünen fanden keine Mehrheit.

Drucksache 6/2721 und 6/3090

Änderungsanträge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksachen 6/3115, 6/3116, 6/3117

Umstrittenes Pflanzenschutzmittel

Um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist auch im Landtag ein Streit entbrannt. Das Parlament lehnte am 3. Juli einen Antrag der Linksfraktion ab, die den Einsatz des Herbizids beschränken will. Die Abgeordneten stimmten aber einer Entschließung zu, in der die Landesregierung aufgefordert wird, sich für ein grundsätzliches Verbot der Anwendung von Glyphosat im Haus- und Kleingartenbereich einzusetzen. Zudem solle der Verkauf von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln an Nichtlandwirte nur nach Genehmigung erfolgen. Ein Änderungsantrag der Grünen fand keine Mehrheit. Glyphosat ist unter dem Namen Roundup bekannt. Seinen Gegnern zufolge führte es bei Versuchen mit Tieren zu Störungen der Zellteilung als Vorstadium zu Krebs.

Drucksachen 6/2420 und 6/3091

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/3118

Südliche Ostsee als Tourismusregion

Der Landtag stimmte am 2. Juli den Beschlüssen des 12. Parlamentsforums Südliche Ostsee zu. Die Konferenz tagte vom 19. bis 22. Mai 2014 in Kaliningrad. Delegierte der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks aus Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation nahmen an der Beratung teil. Im Mittelpunkt stand die südliche Ostsee als „neues Tourismuszentrum Europas“. Dazu wurden Rahmenbedingungen der gemeinsamen Vermarktung und der Schaffung einer gemeinsamen touristischen Infrastruktur diskutiert sowie Empfehlungen abgeleitet. Den Antrag hatten die Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN gemeinsam in den Landtag eingebracht.

Drucksache 6/3054



Schülerinnen und Schüler des Schweriner Gymnasiums Fridericianum durften an einer Beratung des Petitionsausschusses teilnehmen. Vor Beginn der Sitzung überreichten sie ihre selbstverfassten Petitionen an den Ausschuss-Vorsitzenden Manfred Dachner.

Unterricht zum Bürgerrecht

Schweriner Schulklasse bei Beratungen
im Petitionsausschuss dabei

Normalerweise beraten die Fachausschüsse des Landtages nicht öffentlich. Dies ist so in der Landesverfassung festgeschrieben. Jedoch kann der Ausschuss für einzelne Sitzungen oder Beratungsgegenstände die Öffentlichkeit zulassen. So geschehen am 26. Juni, als Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse des Schweriner Gymnasiums Fridericianum bei der Beratung im Petitionsausschuss dabei sein durften. Gegenstand der öffentlichen Beratung waren zwei Petitionen. Zum einen ging es um die Förderung des Fliesenmuseums in Boizenburg, zum anderen um die drohende Abschiebung einer Flüchtlingsfamilie aus Serbien.

Für die Jugendlichen war die Teilnahme an der Ausschusssitzung Höhepunkt und Abschluss ihres Unterrichtsprojektes zum Thema Petitionen. Sie hatten sich ausführlich über das Recht von Bürgerinnen und Bürgern informiert, sich mit Bitten und Beschwerden an den Landtag oder auch an den Bundestag zu wenden. Dass sich sogar Kinder beim Landtag beschweren können, war neu für die Neuntklässler. Ihre selbstverfassten Petitionen überreichten die Schüler zu Beginn der Sitzung an den Ausschuss-Vorsitzenden Manfred Dachner.

Projektförderung für das Fliesenmuseum Boizenburg

Zu der ersten der beiden öffentlich behandelten Petitionen war ein Vertreter des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur eingeladen worden, um die Gründe für die Ablehnung des Förderantrages für das Boizenburger Fliesenmuseum darzulegen. Das Ministerium schätze die ehrenamtliche Arbeit des Museums, stellte der Ministeriumsmitarbeiter klar. Jedoch stünden dem Kultusministerium jährlich nur begrenzt Haushaltsmittel zur Verfügung, um die Vielzahl an Kulturprojekten im Land zu fördern. Maßgebliches Förderkriterium sei dabei, dass dem zu fördernden

Projekt eine landesweite Bedeutung zukomme. Eine solche Bedeutung müsse für das Projekt „Historische Fliesen der Ludwig Stiftung“ verneint werden. Zudem habe das Museum bereits vor dem Abschluss des Antragsverfahrens mit der Umsetzung des Projektes begonnen, sodass der Antrag schon aus diesem Grund abgelehnt werden musste. Das Ministerium habe aufgezeigt, unter welchen Bedingungen für die nächsten Förderjahre Projekte gefördert werden könnten, und gehe davon aus, dass das Fliesen-Museum ab kommendem Jahr wieder eine Förderung erhalten könne. Für den Ausschuss ist das Petitionsverfahren somit abgeschlossen.

Abschiebung einer Flüchtlingsfamilie

In der zweiten Beratung wurde zusammen mit Vertretern des Innenministeriums und des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte erörtert, ob einer Familie aus Serbien der Aufenthalt in Deutschland weiterhin ermöglicht werden kann, um für deren chronisch kranke Tochter eine qualitativ hochwertige Behandlung sicherzustellen. Als zuständige Ausländerbehörde stellten die Vertreter des Landkreises zunächst dar, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Asylantrag der Familie als offensichtlich unbegründet abgelehnt habe und die Familie damit ausreisepflichtig geworden sei. Eine Ausreise sei zunächst nicht erfolgt, da auf Wunsch der Petenten noch einige Behandlungstermine der Tochter durchgeführt werden sollten. Zeitgleich habe der Landkreis aber durch den Amtsarzt gutachterlich feststellen lassen, dass eine Reisefähigkeit des Kindes bestehe, sofern eine ärztliche Begleitung bei der Ausreise gewährleistet sei. Zudem sei in Aussicht gestellt worden, der Familie für einen gewissen Zeitraum Medikamente kostenlos zur Verfügung zu stellen. Anhand des Lageberichts des Auswärtigen Amtes sei außerdem nachvollziehbar dargestellt worden, dass auch in Serbien eine gute und kostenfreie Behandlung für das Kind sichergestellt sei. Über den beim Landkreis gestellten Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis sei noch nicht entschieden worden, da die Familie die Wiederaufnahme des Asylverfahrens beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beantragt habe. Weil das Bundesamt hierzu noch keine Entscheidung getroffen hat, haben sich die Abgeordneten des Petitionsausschusses darauf verständigt, das Verfahren vorerst noch nicht abzuschließen und sich zu gegebener Zeit erneut berichten zu lassen.



Die Reisedelegation während ihres Besuchs in der Kaiser- und Kurstadt Baden.

Foto: Landtag M-V

Wirtschaftsausschuss unterwegs

Informationsfahrt nach Niederösterreich

Vom 2. bis 6. Juni führte der Wirtschaftsausschuss eine Informationsfahrt zum Schwerpunktthema Gesundheitswirtschaft nach Niederösterreich durch. Der Informationsbesuch diente insbesondere dazu, sich über die bestehende und künftige Zusammenarbeit mit österreichischen Vertretern der Gesundheitswirtschaft und des Tourismus auszutauschen. Der MV-Delegation gehörte auch Prof. Dr. Horst Klinkmann, Präsident der BioCon Valley-Initiative, an.

Der Wirtschaftsausschuss besichtigte mehrere Unternehmen. In Wiener Neustadt, der zweitgrößten Stadt Niederösterreichs etwa 50 km südlich von Wien, besuchten die Abgeordneten Österreichs größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die in Europa der Spezialist für die zentralen Infrastrukturthemen der Zukunft ist, sowie eines der modernsten Zentren in Europa für Ionentherapie zur Behandlung von Krebspatienten. In der Kurstadt Baden stand der Besuch einer Reha-Klinik auf dem Programm, und in Tulln besichtigten die Abgeordneten die Garten-Erlebniswelt „Die Garten Tulln“, zu der in den letzten drei Jahren der Themengarten „Mecklenburg-Vorpommern – Schlösser, Parks und Meer“ gehörte.

In Krems schließlich führte der Wirtschaftsausschuss Gespräche mit Vertretern der Donau Universität und der IMC Fachhochschule (Internationales Management Center). Zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Niederösterreich besteht bereits seit drei Jahren eine touristische Kooperation, deren Fortsetzung im letzten Sommer zwischen beiden Ländern vereinbart worden ist. Gleichzeitig wurde 2013 zwischen Niederösterreich und Mecklenburg-Vorpommern mit einer

Absichtserklärung eine Kooperation in den Bereichen Forschung und Wirtschaft, Best-Practice Beispiele zur technologieorientierten Standortentwicklung sowie Gründer- und Technologiezentren beschlossen. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Niederösterreich gehört die Gesundheitswirtschaft zu den wichtigsten Branchen.

Nationale Branchenkonferenz
Gesundheitswirtschaft in Rostock

Unter dem Titel „10 Jahre Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft – Motor für Wissenschaft und Wirtschaft“ fand am 21. und 22. Mai in Rostock-Warne-münde die 10. Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft statt. Unter den rund 650 Experten der Branche aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik waren auch Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses des Landtages M-V. Schwerpunktthema der Konferenz war die Zukunft der Gesundheitswirtschaft aus europäischer Sicht.

Die Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft wird im Auftrag des Landes einmal jährlich durch das Netzwerk BioCon Valley veranstaltet und ist bundesweit einer der wichtigsten Treffpunkte für Unternehmen, Mediziner und Wissenschaftler der Gesundheitswirtschaftsbranche. Vor allem in den letzten Jahren stieß das Treffen auf immer größere internationale Resonanz. Nach Island, Schweden, Finnland, Dänemark, Polen, Österreich und den Niederlanden war in diesem Jahr Russland das Partnerland der Konferenz.

Schwerpunktmäßig beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer mit der Zukunft der Gesundheitswirtschaft aus europäischer Sicht. In zwei Impulsreferaten, sechs thematischen Fachforen und zwei internationalen Matchmaking (Zusammenbringen von Partnern zur Anbahnung von Geschäftsbeziehungen. Die Red.) stellten Fachexperten auf der Konferenz unter anderem zu Themen wie Altern in Europa, Gesundheitstourismus, Lebensmittel für die Gesundheit, Fachkräftesicherung und multiresistente Erreger Lösungsan-

Foto: Landtag M-V



v.l. Roland Methling, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock; Dietmar Eifler, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses; Helmut Holter (DIE LINKE), Regine Lück (2. Vizepräsidenten des Landtages); Dr. Stefan Rudolph, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium; Prof. Dr. Horst Klinkmann, Präsident der BioCon Valley Initiative.

sätze vor, präsentierten erfolgreiche Beispiele und tauschten Erfahrungen aus.

Die Gesundheitswirtschaft gehört in Mecklenburg-Vorpommern zu den wichtigsten Branchen, deren Wachstumsraten bei Umsatz und Beschäftigung deutlich über den gesamtwirtschaftlichen Raten liegt. Derzeit sind in der Branche etwa 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Nicht ohne Grund hatte sich Mecklenburg-Vorpommern daher vor zehn Jahren für das Thema Gesundheitswirtschaft entschieden, als durch die Bundesregierung in allen deutschen Bundesländern Nationale Branchenkongresse zu verschiedenen Themen ins Leben gerufen wurden, von denen heute nur noch die Branchenkongress in unserem Land besteht.

Vorbereitungstreffen

Deutsche Delegationen für 23. Ostseeparlamentarierkonferenz trafen sich in Schwerin

In Vorbereitung auf die Jahreskonferenz der Ostseeparlamentarier im August im polnischen Olsztyn empfing Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 3. Juli Vertreter der deutschen Delegationsleitungen zu Beratungen im Schweriner Schloss.

Ziel des Treffens war es, Positionen mit Blick auf die Abschlussresolution der Jahreskonferenz auszutauschen und gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten. Schwerpunktethemen waren dabei Kultur und Kreativwirtschaft, eine mögliche Visafreiheit in der Ostseeregion sowie Kooperationsmöglichkeiten im Gesundheitswesen.

Die kulturelle Vielfalt der Region und die Bedeutung nationaler Minderheiten sehen alle Teilnehmer als Bereicherung und als identitätsstiftendes Merkmal der Ostseeregion. Die deutschen Delegationsleitungen wollen sich in Olsztyn für

die Förderung und den Erhalt dieses Guts sowie für den länderübergreifenden kulturellen Austausch aussprechen.

Mit dem Abschluss der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz wird Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider das Amt der Vorsitzenden der Konferenz für ein Jahr übernehmen. Mecklenburg-Vorpommern richtet im Sommer 2015 in Rostock die Folgekonferenz aus.

Seit 1991 unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Konferenz setzt sich aus Vertretern nationaler und regionaler Parlamente zusammen.

Runder Tisch

Beratung in der Staatskanzlei zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fand am 17. Juni in der Staatskanzlei ein Runder Tisch mit Vertretern der heimischen Wirtschaft und Landtagsabgeordneten statt.

Als oberste Handelsbevollmächtigte der USA informierte Elena Bryan über den Verhandlungsstand. In Washington, Brüssel und Berlin sei der politische Wille zur Einigung vorhanden. In einer offenen Fragerunde wurde auf die öffentlich geäußerte Kritik an den Verhandlungen eingegangen. Außerdem wurden wirtschaftsrelevante Themen angesprochen, wie die Visumerteilung für in den USA benötigte Fachkräfte, was im TTIP nicht berücksichtigt wurde. Keine Seite wolle geltende Verbraucherschutzstandards relativieren, ein Vertragswerk ohne den Agrarsektor könne sich die US-amerikanische Seite nicht vorstellen. Auf die Frage von Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, zur Einhaltung des Verhandlungszeitrahmens bis Ende 2015 zeigte sich Elena Bryan zuversichtlich.

Foto: Landtag M-V



v.l. US-Generalkonsulin Nancy Corbett, Jutta Gerkan (B'90/DIE GRÜNEN), Staatssekretär Dr. Christian Frenzel, Stefanie Drese (SPD), Dr. André Brie (DIE LINKE), Ausschuss-Vorsitzender Detlef Müller (SPD), Andreas Texter (CDU), US-Handelsbevollmächtigte Elena Bryan.



Bei einem Parlamentsspiel am ersten Tag simulierten die Teilnehmer in sechs fiktiven Fraktionen die Entscheidungsfindung im Landtag. Die Abschlussdebatte zum Antrag „Einrichtung einer Enquete-Kommission Zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern“ leitete Vizepräsidentin Silke Gajek. Fotos: Landesjugendring

„Wir knacken das Schloss“

Bei Jugend im Landtag 2014 gehörte der Landtag für vier Tage jungen Leuten aus ganz M-V

Jugend politikverdrossen? Landtag langweilig? Beides falsch, wie das Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag 2014“ eindrucksvoll bewiesen hat. Unter dem Motto „Wir knacken das Schloss“ diskutierten vom 23. – 26. Juni rund 80 junge Leute aus ganz M-V miteinander und mit Abgeordneten die Themen, die ihnen unter den Nägeln brennen. Die vier tollen Tage, die das Organisationsteam von Jugendlichen, Landesjugendring und Landtag auf die Beine gestellt hatte, waren wie immer viel zu kurz, aber am Ende waren sich alle einig: Das Schloss ist geknackt!

„Jugend im Landtag ist echter politischer Dialog im Sinne der Teilhabe junger Menschen an demokratischen Entscheidungen und somit ehrenamtliche Lobbyarbeit in eigener Sache“, findet Landtagspräsidentin und Schirmherrin **Sylvia Bretschneider**. Bei der Begrüßung, zu der sie kurzerhand auch Ministerpräsident Erwin Sellering mitgebracht hatte, lobte sie das Engagement der Jugendlichen und wünschte ihnen interessante Diskussionen und auch viel Spaß. Auch Sozialministerin Birgit Hesse ließ es sich nicht nehmen, die jungen Leute persönlich zu begrüßen und zum Dranbleiben zu ermuntern.

Jugend im Landtag ist das bedeutendste Beteiligungsprojekt im Land, das der Landesjugendring in Kooperation mit dem Landtag durchführt. Beteiligung ist das Schlüsselwort: Nicht die Landtagsverwaltung hat die Themen und Methoden für „Jugend im Landtag“ vorgegeben. Worum es an den vier Tagen ging, wie die Abgeordneten beteiligt wurden, was im Rahmenprogramm lief, ja sogar was es zu essen gab – das alles hatte das jugendliche Vorbereitungsteam ausgefüllt. Aus der Vielfalt der Ideen haben die Organisatoren fünf Themen ausgewählt, die die Teilnehmenden zunächst in Workshops behandelten und dann ihre Forderungen mit Abgeordneten diskutierten.



Bei der Eröffnung von Jugend im Landtag dabei: Dr. Hikmat Al-Sabty, Jacqueline Bernhardt (beide DIE LINKE), Patrick Dahlemann (SPD) und Sozialministerin Birgit Hesse (v.l.)

Workshop: Migration

Im Fokus stand die Idee einer Willkommenskultur in M-V. Die Jugendlichen behandelten das Thema Migration auf verschiedenen Ebenen, sprachen über das Asylrecht und trafen gleichaltrige Asylbewerber, die über ihr persönliches Schicksal erzählten. Forderungen: Menschenwürdige Unterkünfte, Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Qualifikationen, eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge und die Verdopplung des Aufnahmekontingents. Die Teilnehmenden überlegten



So fröhlich wie beim Kennenlern-Spiel am Eröffnungstag war die Stimmung an allen Projekttagen.

Fotos: Landesjugendring



Tabea sandte sphärische Harfenklänge durch den Landtag.



Erholung am Strand in Retzendorf

Ein Projekt-Video gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages.



Beliebt bei Jugendlichen und Abgeordneten gleichermaßen: das Rote Sofa für Spontan-Interviews – hier mit Hikmat Al-Sabty von den Linken.

auch, was sie selbst tun können, um gleichaltrigen Flüchtlingen und Asylbewerbern zu helfen: Interesse zeigen, Kontakt suchen, Hausaufgabenhilfe und Deutschkurse anbieten, bei Amtsgängen begleiten, gemeinsame Veranstaltungen organisieren.

Workshop: Aggro Agro?

Hier ging es um die Vorstellungen und Ideen für die zukünftige Landwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei. Beim Besuch eines Biohofes informierten sich die Jugendlichen über nachhaltige und umwelt- und tiergerechtere Erzeugungsmethoden. Wichtige Forderungen: artgerechte Tierhaltung, Hochzuchtungsverbot, Bildungsangebote in den Schulen

Das meinen Abgeordnete zu „Jugend im Landtag 2014“

Dr. Norbert Nieszery, Vorsitzender der SPD-Fraktion
Die Gespräche mit den Jugendlichen sind erfrischend und direkt. Und ich bin immer wieder überrascht, wie kreativ gestaltet und professionell durchgeführt die Tage im Landtag ablaufen.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vizepräsidentin
Die kritischen Diskussionen zur Agrarindustrie, zur Massentierhaltung oder auch der landwirtschaftlichen Monokultur waren mitunter lustig, aber auch sehr spannend. Es liegt nun an uns, die Anregungen in die parlamentarische Arbeit aufzunehmen. Ich bin dabei.



Das Quartier im Ferienpark Retgendorf war ideal für ein fröhliches, buntes Freizeitprogramm. Foto: Landesjugendring

über Landwirtschaft, Image-Kampagne für die Landwirtschaft, Verbot von Monokultur, weniger Verschwendung, Umdenken der Verbraucher. Um das Umdenken auch im Landtag anzustoßen, forderten sie u.a. einen wöchentlichen Veggie-Day im Landtagsbistro.

Workshop: Zukunft beginnt heute

Der Workshop beschäftigte sich mit der Frage, warum viele Jugendliche das Land nach der Schule verlassen und was sie zum Bleiben motivieren würde. Die Forderungen: Mehr Investitionen in die schulische Bildung, um die Ausbildungsfähigkeit zu verbessern und die Schulabbrecher-Quote zu senken. Das Image von Realschulabschluss und Berufsmaturität verbessern. Gleiche Ausbildungsvergütung und Löhne in Ost und West. Mehr Kultur- und Freizeitangebote. Dieser Workshop beschäftigte sich auch mit dem Thema Generationengerechtigkeit. Die Jugendlichen fordern eine Enquete-Kommission „Jung sein M-V“.

Workshop: Bildung ist mehr als Schule – Schule ist mehr als Bildung

Themen waren u.a. die Lernkultur, der hohe Leistungsdruck, zu wenig Freizeit, der Einsatz neuer Lehr- und Lernmethoden, Inklusion, die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement, die Durchlässigkeit der Schulformen, G 8- oder G 9-Abitur. Die Forderungen: Inklusion ja, aber mit Grenzen,

Barbara Borchardt, DIE LINKE

Die von den Jugendlichen diskutierten Themen haben mir gezeigt, wie ernsthaft sie sich mit brisanten politischen Themen auseinandersetzen und welche Erwartungen sie an uns haben. Wir müssen den Jugendlichen zeigen, dass wir sie und ihre Ideen, Kritiken und Vorschläge ernst nehmen.



Die Diskussionen mit den Abgeordneten gehörten zu den Höhepunkten von Jugend im Landtag. Foto: Uwe Sirnacker

um die Toleranz und Akzeptanz unter den Schülerinnen und Schülern zu stärken. Entschlackung der Lehrpläne. Finanzielle Unterstützung für mehr Gemeinschaftsprojekte. Bessere Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen und deren finanzielle Unterstützung.

Workshop: Extrem engagiert

Dieser Workshop stellte Fragen und diskutierte Themen des Engagements gegen Extremismus und menschenverachtende Einstellungen. Was sind Gefahren für das demokratische Zusammenleben? Ab wann ist Gesellschaftskritik extremistisch? Wie sollte mit Neonazis im Parlament umgegangen werden? Mit den Abgeordneten wurden vor allem die Fragen diskutiert: Welche Rollen spielen die modernen Medien in der formellen und informellen politischen Bildung? Befördern sie Extremismus oder sind sie eher Aufklärer? Wie stehen die einzelnen Abgeordneten persönlich zu Extremismus? Wo ziehen sie Grenzen zwischen Engagement und Extremismus? Einig waren sich Jugendliche und Abgeordnete über den Schweriner Weg im Umgang mit der NPD im Parlament und die Forderung nach einem Verbot der Partei.

Patrick Dahlemann, SPD

Wir dürfen nicht einfach Politik über die Köpfe der jungen Menschen hinweg machen, sondern müssen sie einbeziehen. „Jugend im Landtag“ ist ein tolles Projekt, um ins Gespräch zu kommen, Forderungen aufzustellen und einander kennenzulernen.



Passend zur WM präsentierte der Workshop Bildung als Fußballmannschaft seine Forderungen.
Fotos: Landesjugendring

Fotos: Uwe Sinnecker



Max Liebmann (18)

Am ersten Tag, als diese ganze Meute eintraf, war ich total aufgeregt und total begeistert. Es hat sich voll gut entwickelt. Es waren richtig taffe Leute dabei, die richtig viel drauf hatten und richtig engagiert waren. Und ich glaube, die Ergebnisse sind auch ziemlich gut geworden.



JIL ist super



Elisabeth Scholz (17)

Ich fand das Projekt auf jeden Fall sehr bereichernd, weil man Eindrücke bekommen hat, die man so als normaler Schüler nicht bekommt. Wir waren aktiv im Landtag, wir haben mit Abgeordneten geredet oder in meinem Fall auch mit Flüchtlingen. Es könnte natürlich noch viel mehr Zeit sein, um einfach mehr hinterfragen zu können, sich mit mehr Themenbereichen zu beschäftigen. Aber um einen Eindruck von der Landespolitik zu erhalten, fand ich das sehr informativ.



Brigitte Paetow, Präsidentin des Altenparlaments (2.v.r.) als Gast bei JIL.



Morten Sören Lingnau (18)

Jugend im Landtag halte ich für eine ganz wichtige Veranstaltung, um die Jugendlichen mehr für die Politik zu begeistern. Ich finde es klasse, dass es überhaupt diese Möglichkeit gibt, hier teilzunehmen. Es ist sehr interessant, mit den Abgeordneten zu reden. Die vier Tage waren natürlich wie immer zu kurz.



Chillen im schönen Burggarten – auch das gehört zu „Jugend im Landtag“.

Foto: Uwe Sinnecker

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE

Durch JIL lernen sowohl die Jugendlichen, als auch wir Politiker. Die Jugendlichen sind die besten Experten in ihren Angelegenheiten und können durch die Anregungen zusammen mit Politik dazu beitragen, Mecklenburg-Vorpommern zu einem Kinder- und Jugendland weiter zu entwickeln.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die jungen Leute hatten sich gut vorbereitet und waren sehr engagiert bei der Sache, so dass eine Diskussion auf Augenhöhe möglich war. Mir hat gefallen, dass viele Jugendliche auch unbequeme Fragen gestellt und sehr konstruktiv sowie kreativ an Lösungen gearbeitet haben.

Weitere Statements von Abgeordneten können Sie auf der Internetseite des Landtages lesen. www.landtag-mv.de



Foto: Landtag MV

Der Archäologe Gert Reichelt zeigt Medienvertretern die freigelegten Zeugnisse der einstigen Besiedlung der Schlossinsel.



Foto: Reinhard Klawitter

Baugrube als Fundgrube

Archäologen entdecken 1000 Jahre alte Geschichte im Schlossinnenhof

Foto: Reinhard Klawitter



Ausgangsleiterin Marlies Konze zeigt die gefundenen Schädelreste eines Pferdes.

Marlies Konze beugt sich über den hölzernen Zaun im Schlosshof und zeigt auf die Baugrube: Dunkle Erde, helle Birkenstämme, ein feines Flechtwerk aus Ästen und Zweigen. Im Hintergrund rumort ein Bagger. Eine Baustelle eben. Aber keine gewöhnliche. Das wird schnell klar. Wer der Archäologin vom Landesamt für Kultur und Denkmalpflege zuhört, spürt nicht nur deren Leidenschaft für ihren Beruf. Der sieht auch die Zeit vor 1000 Jahren vor seinem inneren Auge lebendig werden: Der Viehhirte, der sich am Feuer wärmt. Hühner, die an einem Pferdeschädel picken. Die Magd, die den zerbrochenen Krug in der Jauchegrube entsorgt. Vielleicht ein Stall, der sich hier befand? „Vieles spricht dafür“, sagt die erfahrene Grabungsleiterin und setzt hinter jeden Fund noch ein Fragezeichen.

Schon vor 1000 Jahren stand hier eine slawische Burg

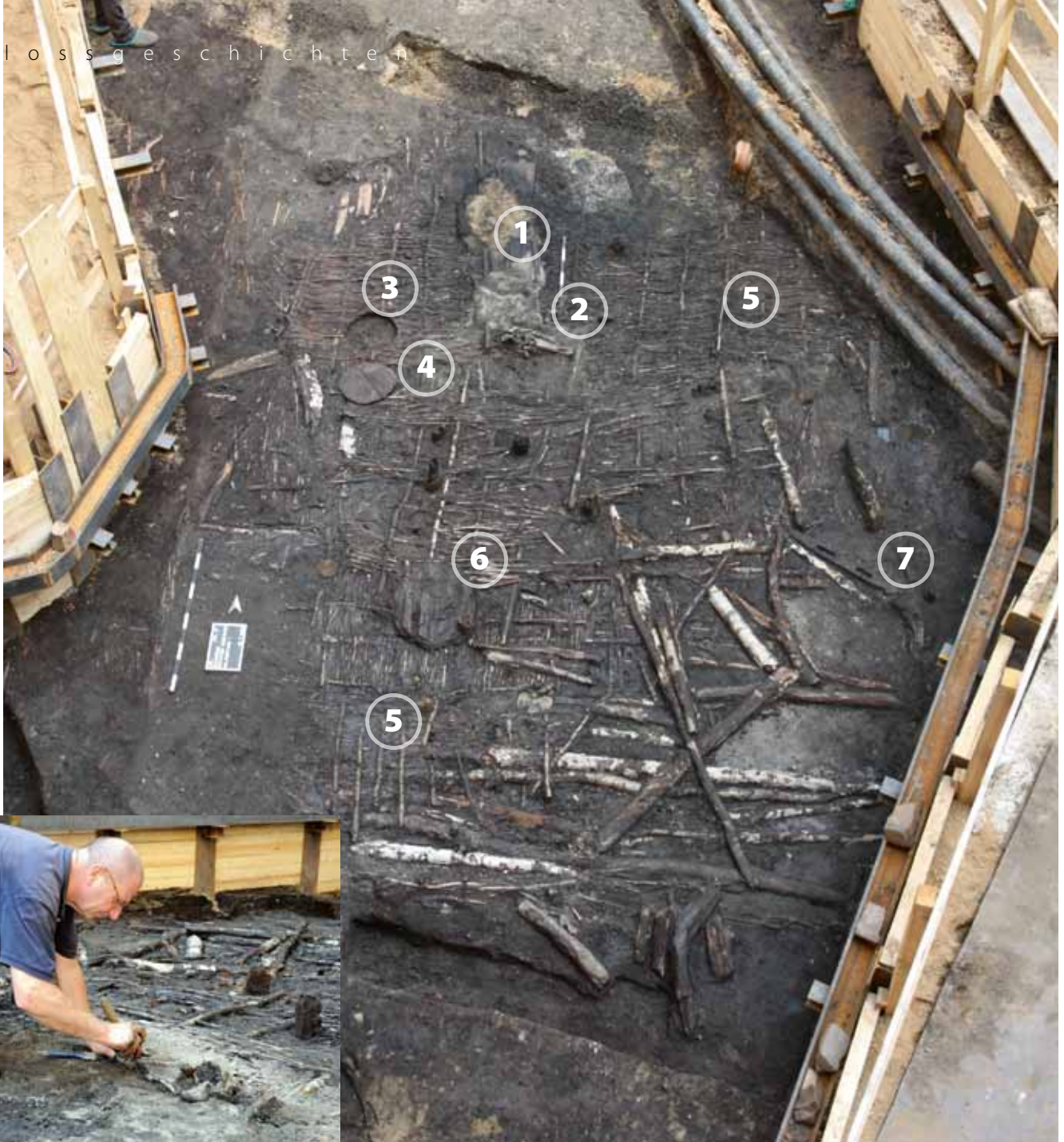
Marlies Konze und ihre Kollegen sind immer von Beginn an dabei, wenn rings um das Schweriner Märchenschloss „gebuddelt“ wird. Schon vor 1000 Jahren stand hier eine slawische Fürstenburg. So ist jede Baugrube an diesem historischen Ort auch eine Fundgrube. „Das wissen wir. Des-

halb arbeiten wir mit den Bauleuten von Beginn an Hand in Hand“, sagt die 55-Jährige und schickt ein freundschaftliches Lächeln zu den Bauarbeitern am Ende des Schachtes, das genauso freundlich erwidert wird. Man kennt und respektiert sich, wie es scheint. Der Baubetrieb Tias Tiesler Rostock reißt derzeit einen tiefen Graben in den Innenhof des Schlosses. Bis zum Frühjahr 2015 soll das unterirdische Versorgungssystem grundlegend erneuert werden. Vom Haupt- bis zum Gartenportal auf 42 Meter Länge, Abzweigungen noch nicht mitgerechnet, entsteht hier ein begehbarer Tunnel, wie Hendrikje Schmidt vom Baureferat der Landtagsverwaltung erklärt. Ein hochmoderner Versorgungskanal für Schloss und Landtag, mit leistungsstarken Leitungen für Wasser, Strom und Technik, der den wachsenden Anforderungen heutiger Zeiten standhält. Bis zu fünf Meter tief wird sich der Arm des Baggers in die Erde graben.

Funde weisen auf jungslawische Zeiten hin

Als sie im Frühsommer eine Tiefe von rund einem Meter erreichten, wurde es für die Archäologen interessant. Marlies Konze nimmt jedes Detail wahr: Das feste Weidengeflecht, das den matschigen Inselboden wie eine trittfeste Matte überzieht. Den Pferdeschädel. Die kleinen Knochen, sorgfältig gespitzt wie Nadeln. Einen Lederrest. Massive Holzpflocke. Den gut erhaltenen Deckel, der von einem Fass stammen könnte. Eine Feuerstelle. Und die Scherben, deren Verzierung auf jungslawische Zeiten hinweisen. Eben jene Zeiten vor einem Jahrtausend, als der slawische Fürstensitz in schriftlichen Quellen erstmals erwähnt wird. Was der arabische Kaufmann Ibrahim Ibn Jakub um 973 beschreibt, be-

Foto: Landtag M-V



Gert Reichelt legt die Reste eines Pferdeschädels frei. Foto: Reinhard Klawitter

1 Feuerstelle mit Holzbrett 2 Reste eines Pferdeschädels 3 Hohlform (Vermutung: es wurde etwas eingetieft, das das Flechtwerk zerschnitt) 4 Deckel oder Boden von einem Fass 5 Flechtwerk-Matten (um weichen, morastigen Boden trittfest zu machen) 6 Boden von einem Korb 7 der Fund ist noch nicht genau definiert, es könnte ein Teil von einem Möbel sein.

stätigt Bischof Thietmar von Merseburg 1018 in seiner Chronik: nämlich die Existenz einer Obodritenburg auf der Insel im heutigen Schweriner See. Bekannt ist auch deren Ende: Fürst Niklot selbst brennt seinen Besitz 1160 nieder, als sich Sachsen-Herzog Heinrich der Löwe der Burginsel nähert. „Aber wir wissen beispielsweise nicht, wann die slawische Burg denn nun gegründet wurde und wie sich das Leben zuvor hier abspielte“, sagt die Grabungsleiterin, die Ur- und Frühgeschichte in Göttingen studiert hat.

Die Auswertung der Funde wird lange dauern

Bei der Altersbestimmung der Fundstücke werden Experten anderer Bereiche helfen. Der Spezialist für dendro-chronolo-

gische Untersuchungen zum Beispiel, der bei gut erhaltenen Holzstücken genau bestimmen kann, wann der Baum gefällt wurde. Die Auswertung der Funde wird lange dauern. „Das ist etwas für die dunklen Wintermonate“, sagt Marlies Konze und steht jetzt im Juli bei glühender Hitze an der Baustelle, entdeckt, fotografiert und dokumentiert. Ihr Kollege, der Grabungstechniker André Buick, steht mit einem Block auf dem Grund der Fundstelle und bringt mit spitzem Stift feinsäuberlich aufs Papier, was sich vor ihm ausbreitet und der Nachwelt im Bild erhalten bleiben soll. „Das ist noch genauer als jede Fotografie“, sagt Marlies Konze. „Und wir wissen, dass dieses Papier ewig archiviert werden kann, was sich bei digitalen Speichermedien erst noch herausstellen muss“, ergänzt André Buick.

Nach uns kommen die Bagger

„Erst, wenn wir begriffen haben, was wir sehen, kann es weg“, präzisiert die Archäologin, die seit gut 20 Jahren Ausgrabungen in Mecklenburg-Vorpommern begleitet, in Barth beispielsweise, in Wismar und Rostock. „Schließlich sind wir die letzten, die den Originalzustand zu Gesicht bekommen. Nach uns kommen die Bagger, dann ist es zerstört“, beschreibt sie die Verantwortung, die sie und ihr Team tragen für das kollektive Gedächtnis des Landes. Wenn die Bagger auf geogene Schichten stoßen – Moore beispielsweise, die nach der Eiszeit entstanden –, dann ziehen sich die Mitarbeiter des Landesamtes zurück. „Dann wissen wir, dass hier die Natur am Werke war, nicht der Mensch“, sagt Marlies Konze. Dann ist ihre Arbeit im Schlossinnenhof getan.

Wissenschaftliche Aufarbeitung

Und dann beginnt die wissenschaftliche Aufarbeitung, die historische Einordnung. Und warum nicht auch die Zusammenarbeit mit Museumspädagogen und Universitäten? Marlies Konze zeigt auf das große Schild, das am Eingang zum Schlossinnenhof lehnt. „Vom Fürstensitz zum Hort der Demokratie“ steht dort. Der Fürstensitz, den Thietmar von Merseburg 1018 in seiner Chronik verewigte. Warum nicht zum Jubiläum 2018 eine Ausstellung dazu im Museum oder im Landtag? Die Anfänge der 1000-jährigen Schlossgeschichte stecken derzeit noch im Boden des Schlossinnenhofes. Die Landesarchäologen bewahren sie für die Nachwelt.

Zeugnis jüngerer Schlossgeschichte

Wandbild aus DDR-Zeit in Landtags-Lobby freigelegt



Foto: Cornelius Kettler

Felix Manzow von der Firma Schütt Hoch und Tiefbau Schwerin beim Freilegen des Wandbildes in der Landtags-Lobby.

Im Zuge der Baumaßnahmen im Burggarten- und Schlossgartenflügel des Schweriner Schlosses wurde am 22. Juli in der Lobby des Landtages eine Wandmalerei freigelegt. Das ca. 7 x 3 m große Fresko ist allerdings durch den Einbau von Rohren und Leitungen massiv beschädigt.

Das Bild mit dem Titel „Landvermessung nach der Bodenreform“ wurde nicht zufällig entdeckt. Dass sich hinter einer so genannten Vorsatzschale (Schutzwand) ein Gemälde befindet, war von früheren Reparaturarbeiten und Untersuchungen bekannt, und die Freilegung war geplant.

Das Gemälde wird nun zunächst mit einer Folie vor Schmutz und Beschädigung geschützt.

Alle Beteiligten – Landtag, Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Architekt – werden sich jetzt eine Fachmeinung

bilden und prüfen, ob und mit welcher Wertung das Gemälde in das Gesamtkonzept der Umgestaltung im Landtagsbereich einbezogen werden soll.

Gemalt hat das Bild der Berliner Maler und Grafiker Horst Stempel (1904 – 1975). Die genaue Entstehungszeit und die Umstände der Auftragserteilung konnten bisher aber noch nicht ermittelt werden. Das Bild wurde vermutlich nach der Verdammung Stempels als „Formalist“ 1953 durch eine vorgesetzte Verkleidung abgedeckt, schreibt der Historiker Horst Ende in seinem Beitrag in dem Buch „150 Jahre Schloss Schwerin“. Es sei erst 1977 bei der Instandsetzung der Lobby wieder zum Vorschein gekommen, dokumentiert und danach wieder abgedeckt worden. Horst Stempel hatte 1953 die DDR verlassen und war mit seiner Familie nach Westberlin gegangen, wo er 1975 starb.



Um die Hängebuche im Schweriner Burggarten von etwa zehn Prozent ihrer Last zu befreien, rückte am 17. Juli die Firma Baumpflege Sievers aus Schaddingsdorf (bei Gadebusch) mit einer großen Hebebühne an. Vom Krankkorb aus entfernte Mischel Rodwald Äste, die vom Sonnenbrand geschädigt sind – durch Wind und Sonne ausgetrocknet, mit geplatzter Rinde und von Schadpilzen befallen. Die Aktion war erforderlich, um Spaziergänger vor herabfallenden Ästen zu schützen und die Lebensdauer des über 150-jährigen Baumes zu verlängern. Die Buche – einer der mächtigsten und eindrucksvollsten Bäume im Burggarten und beliebtes Fotomotiv – ist krank. Wegen des starken Pilzbefalls geben ihr Fachleute allerhöchstens noch ein paar Jahre.



Am 1. Juli beging Weihbischof Norbert Werbs sein goldenes Priesterjubiläum. Der gebürtige Warnemünder ist der dienstälteste Weihbischof in der Deutschen Bischofskonferenz. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider nahm an dem feierlichen Pontifikalamt in der Propsteikirche St. Anna in Schwerin teil und gratulierte dem 74-Jährigen zu seinem Dienstjubiläum. Sie würdigte Werbs insbesondere für sein Engagement in der Jugendseelsorge und als Vorsitzender der Caritas Mecklenburg e.V. Beim Sternsinger-Empfang des Landtages begrüßt Norbert Werbs zusammen mit der Landtagspräsidentin alljährlich die Kinder aus vielen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns im Schweriner Schloss.



Am 2. Juli fand das traditionelle Sommerfest des Landtages statt. Jenseits des politischen Alltags trafen sich im Schweriner Burggarten rund 500 Gäste – Partner, Unterstützer und Beobachter der Arbeit des Landtages. Der Landtag wolle sich mit dem Fest für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken und zugleich die unterschiedlichsten Akteure miteinander vernetzen, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der Eröffnung. Den Erlös der Sommerfest-Tombola, zu der viele Unterstützer Preise gestiftet hatten, spendet der Landtag an den Neuen Kunstkreis e.V. Anklam für die 7. Plakat-Biennale; weitere Einnahmen gingen an das Demokratie-Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

Die Organisatoren der Anklamer Plakat-Biennale Prof. Dr. Otto Kummert und Edith Kummert haben die Spende von 2000 Euro mit Freude entgegengenommen. Zu den Gästen des Sommerfestes zählte auch der frühere Ministerpräsident von M-V, Dr. Harald Ringstorff (r.), hier mit Ehefrau Dagmar Dark-Ringstorff, Sozialministerin Birgit Hesse und dem Landrat von Ludwigslust-Parchim Rolf Christiansen.

